

## Bericht

des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022

Der Petitionsausschuss hat sich in der Sitzung vom 21. September 2022 mit den Beschlüssen des Jugendlandtages 2021 befasst.

Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl weist nach Aufruf des Beratungsgegenstandes auf den jährlichen Austragungsmodus des Jugendlandtages hin. Nach der Pandemie habe er 2021 wieder weitgehend regulär stattfinden können und es sei zu hoffen, dass die Jugendlichen ein gutes Erlebnis dabei gehabt hätten, bei einem Antragswochenende Anträge zu formulieren, diese dann an einem Sitzungstag zu diskutieren und auch abzustimmen. An den Beschlüssen sei zu sehen, dass der eine oder andere Antrag abgelehnt worden sei. Es sei also kontrovers diskutiert und kritisch abgestimmt worden. Die Anträge wiesen gute Inhalte und fundierte Ausarbeitung auf. Man merke, wie sehr sich die Teilnehmenden mit ihren Themen auseinandergesetzt hätten. Es sei beeindruckend, wie weit teilweise ins Detail gegangen worden sei. Die Themengruppen, zu denen Beschlüsse gefasst worden seien, seien Direkte Demokratie, Erasmus+ und zugehörige Informationen, regionale Wirtschaft, digitale Kommunikation und Social Media, Alltagskompetenzen und die Digitalisierung an Schulen. Diese Themen würden auch im Hohen Haus immer wieder diskutiert und seien nahe am politischen Geschehen. Die Themen spiegelten auch gut wider, was Jugendlichen in Gesprächen immer wieder am Herzen liege. Die Stellungnahmen aus den Abteilungen des Amtes der Landesregierung und aus den Ressorts zeigten den Teilnehmenden auch, was in den verschiedenen Bereichen bereits passiere. Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl legt den anwesenden Themengruppensprecherinnen und -sprechern die Funktion von Entschließungsanträgen dar und ruft sie dazu auf, den Salzburger Jugendlandtag im persönlichen Umfeld weiterhin zu unterstützen.

Für die FPÖ gratuliert Abg. Dr. Schöppl den Teilnehmenden des Salzburger Jugendlandtages 2021 zur intensiven Auseinandersetzung mit der Demokratie und der Zukunft des Landes. Es sei zu hoffen, dass in Zukunft auch die Wünsche der jugendlichen Berufswelt und der Lehrlinge an den Landtag herangetragen würden.

Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf erläutert, dass selbstverständlich auch Lehrlinge im Rahmen des Jugendlandtages angesprochen seien und nicht zuletzt aufgrund des Zufallsauswahlverfahrens immer wieder am Jugendlandtag teilnehmen. Es seien alle Jugendlichen unabhängig von Lebensphase und Ausbildungsstand eingeladen. Der Salzburger Jugendlandtag 2022 sei bereits in Vorbereitung und die Einladungen ausgesandt. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf bedankt sich bei allen Teilnehmenden und besonders den anwesenden Themengruppenspreche-

rinnen und -sprechern. Es würden am heutigen Tag nicht nur alle Beschlüsse im Ausschuss beraten, sondern es lägen auch Stellungnahmen der zuständigen Abteilungen des Amtes der Landesregierung sowie des Landesjugendbeirates vor. Die heute zu fassenden Entschließungsanträge seien ein Auftrag an die Landesregierung, an der Umsetzung der Beschlüsse zu arbeiten. Dies zeige, wie man in einer lebendigen Demokratie das Wort ergreifen und aktiv mitgestalten könne.

Zweiter Präsident Dr. Huber entschuldigt sich namens der NEOS für die Abwesenheit von Landesrätin Mag.<sup>a</sup> (FH) Klambauer und übermittelt eine Grußbotschaft. Demnach sei der Salzburger Jugendlandtag ein wichtiges Signal für die Beteiligung der Jugend. Die Anträge zeigten klar, was sich junge Menschen von der Politik erwarteten. Der Jugendlandtag sei eine Gelegenheit, Politik und Demokratie nicht nur hautnah mitzuerleben, sondern auch aktiv mitzugestalten. Landesrätin Mag.<sup>a</sup> (FH) Klambauer begrüße dies sehr und sehe den Jugendlandtag auch als Anlass, die Beschlüsse entsprechend umzusetzen. Den Jugendlichen gehöre die Zukunft, sie würden in 10, 15 oder 20 Jahren die Politik wesentlich mitbestimmen und entscheiden, wie die Gesellschaft zusammenlebe.

Für die GRÜNEN berichtet Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl von ihrer Teilnahme an vergangenen Antragswochenenden des Salzburger Jugendlandtags. Es sei beeindruckend, wie leicht den Jugendlichen die parlamentarische Arbeit von den Händen gehe. Die vorliegenden Anträge seien echten Landtagsanträgen sehr ähnlich. In fünf bis zehn Jahren könnten die Teilnehmenden selbst Volksvertreterinnen und Volksvertreter im Hohen Haus sein. Es sei zu hoffen, dass noch möglichst viele von dieser Erfahrung profitieren könnten und dass von den Beschlüssen einiges umgesetzt werden könne.

Abg. Mösl MA bedankt sich für die SPÖ eingangs bei den Teilnehmenden des Salzburger Jugendlandtages 2021. Die Anträge seien sehr spannend, weil sie dem Landtag einen Spiegel vorhielten und aufzeigten, ob der Landtag einseitig werde oder sich auf dem richtigen Weg befinde. Zugleich brächten die Anträge auch neue Ideen, die bereitwillig aufgegriffen würden. Wenn es auch manchmal scheine, dass die Mühlen im Landtag und in der Landesgesetzgebung langsam mahlten, so mahlten sie doch stetig. Es sei keine vergeudete Zeit, der Einsatz der Teilnehmenden werde sehr honoriert.

Zum Antrag 1 betreffend Direkte Demokratie in Salzburg aus der Themengruppe „Räume und Beteiligung für alle“ führt die Themengruppensprecherin Frau Ustaoglu aus, viele Teile der Bevölkerung wünschten sich in Salzburg mehr Mitsprache in der Politik, da das Gefühl bestehe, es werde über die Köpfe der Bevölkerung hinweg bestimmt. Es sei sehr schwierig, Einfluss auf den konkreten Verlauf der Gesetzgebung zu nehmen. Bereits Anfang der 2010er Jahre sei versucht worden, auf Basis des Art 50 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg eine Lösung für dieses Problem zu finden. Die Umsetzung sei jedoch an Unklarheiten in der Formulierung gescheitert. Die Zeit sei nun reif für einen zweiten Versuch mit einer überarbeiteten Version. Ein Hauptschwerpunkt der Überarbeitung sei ein Ausschluss des Einflusses auf Tätigkeiten, etwa von öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen auf

Basis des Hamburger Modells. Das Problem der schweigenden Mehrheit solle durch Information über bevorstehende Abstimmungen über Printmedien, Zeitungen und Social Media nach dem Vorbild des „Funk-Netzwerks“ in Deutschland gelöst werden. So werde jeder Person klar, inwiefern sie vom Ergebnis dieser Abstimmung betroffen sei und der Anreiz ihre Stimme abzugeben, werde höher. Daher sollten Volksbegehren ab einer Unterstützer:innen-Anzahl, die dem Stimmengewicht eines Gemeinderatsmandats entspreche, durch das Parlament besprochen werden müssen. Wenn dies nicht eintrete, sollten erneut Stimmen im Wert eines Gemeinderatsmandats gesammelt werden und die Stadtregierung mit den Initiator:innen des Volksbegehrens verhandeln. Wenn diese Verhandlungen erneut zu keinem Ergebnis führten, solle eine Volksabstimmung stattfinden, die bei einer Mindestbeteiligung von 10 % verbindlich sein solle. Die Aufbereitung der Informationen zum Volksbegehren sei von einer unabhängigen Organisation durchführen zu lassen. Es müsse sichergestellt werden, dass auf staatliche und privatwirtschaftliche Unternehmen kein Einfluss genommen werde.

Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl bringt für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 1 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Räume und Beteiligung für alle“ betreffend Direkte Demokratie Salzburg ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeiten an demokratischer Beteiligung jugendgerecht aufzuarbeiten und diese über die S-Pass-App wie auch durch Workshops einer breiteren Anzahl von Jugendlichen im Bundesland Salzburg bekanntzumachen.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zum Antrag 3 betreffend Zugang zu Erasmus+ Programmen und Informationen für alle Schüler:innen schaffen aus der Themengruppe! „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ führt die Themengruppensprecherin Frau van Leerdam aus, das Programm Erasmus+ der Europäischen Union sei bei den Themengruppenmitgliedern vor dem Jugendlandtag unbekannt gewesen. Es sei toll, dass die EU ein solches Programm zur Verfügung stelle und fördere. Das Potenzial des Förderprogramms werde derzeit jedoch nicht ausgeschöpft, viele Schulen böten bereits Zugang zu dem Programm. Viele andere kämen der Aufgabe der Informationsweitergabe jedoch noch nicht genug nach, sodass viele Schülerinnen und Schüler von dieser Möglichkeit nichts wüßten. Es sei daher allen Schülerinnen und Schülern der Zugang zum Programm zu ermöglichen. Dazu solle zumindest eine Lehrperson in jeder Schule für die Information aller Schülerinnen und Schüler verantwortlich sein und als Anlaufstelle für Fragen zur Verfügung stehen. Schülerinnen und Schüler, die bereits am Programm teilgenommen hätten, sollen in den Schulen über ihre Erfahrungen berichten, um andere für eine Teilnahme zu gewinnen.

Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl bringt für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ betreffend Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler:innen schaffen! ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, wie man die Information über die Teilnahme am Erasmus+ Programm bzw. am Europäischen Solidaritätskorps (ESK) an Schulen verbessern kann,
2. im Rahmen eines Pilotprojekts mehr Schulklassen als bisher eine Brüssel-Reise zu finanzieren.

Abg. Mösl MA bringt für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ betreffend Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler:innen schaffen! ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die Aufnahme einer Förderung in das Förderprogramm des Landes für Interrail-Tickets im Ausmaß von 50 % des Ticketpreises bis zum 30. Geburtstag zu prüfen.

Diese beiden Entschließungsanträge werden zu folgendem Entschließungsantrag verschmolzen und einstimmig angenommen:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, wie man die Information über die Teilnahme am Erasmus+ Programm bzw. am Europäischen Solidaritätskorps (ESK) an Schulen verbessern kann,
2. im Rahmen eines Pilotprojekts mehr Schulklassen als bisher eine Brüssel-Reise zu finanzieren und
3. die Aufnahme einer Förderung in das Förderprogramm des Landes für Interrail-Tickets im Ausmaß von 50 % des Ticketpreises bis zum 30. Geburtstag zu prüfen.

Zum Antrag 5 betreffend Regionale Wirtschaft aus der Themengruppe „Ein nachhaltiges, grünes Europa“ führt der Themengruppensprecher Herr Samberger aus, wer in Österreich billiges Fleisch kaufe, müsse sich im Klaren darüber sein, dass dies mit schlechter Qualität, langen Transportwegen und untragbarem Tierleid verbunden sei. Der Grund für globalen Wohlstand wäre eine verantwortungsvolle Lieferkette. Doch in Zeiten von Klimawandel und Naturschutz sei zu hinterfragen, ob der Kauf von südamerikanischem Fleisch dem minimal teureren heimischen Bioprodukt gegenüber wirklich von Vorteil sei. Für Konsumentinnen und Konsumenten seien das Wie und Wo der Produktionsbedingungen immer wichtiger. Saisonale und regionale Produkte, idealerweise vom Direktvermarkter mit minimalen Transportwegen wären am besten. Regionale Produkte seien zwar schon länger ein Thema, die Vermarktung für Kleinbetriebe aber schwierig, da Direktvermarkter als Lebensmittelunternehmer für die Sicherheit ihrer Lebensmittel verantwortlich seien und rechtliche, technische und qualitätssichernde Rahmenbedingungen einzuhalten hätten. Es sollten daher alle Ressorts der Salzburger Landesregierung zusammen an Lösungen für die bevorstehende Klimakrise arbeiten. Dazu sollten

regionale Landwirtinnen, Landwirte und Verkaufsläden durch soziale Projekte in Schulen zur Bewusstseinsbildung mehr gefördert werden, um auf den Kauf heimischer Produkte aufmerksam zu machen. Daraus ergäben sich Vorteile, wie weniger Transporte aus Übersee, und somit würden auch weniger CO<sub>2</sub>-Abgase freigesetzt. Die gesetzlichen Vorgaben seien zu vereinfachen, um regionalen Verkauf für Bauern und Bäuerinnen attraktiver zu gestalten und Direktvermarktende zu fördern. Dies würde auch das „Bauernsterben“ verringern und der Biodiversität zugutekommen. Um Anreize zum Kauf von heimischem Fleisch zu setzen, solle eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie eingeführt werden.

Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl bringt für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 7 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Information und konstruktiver Dialog“ betreffend regionale Anlaufstellen für Intervention und Beratung im Bereich Digitale Kommunikation und Social Media ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, welche niederschweligen Beratungsmöglichkeiten in den Bereichen psychosoziale Versorgung und Cybermobbing für Jugendliche in Salzburg angeboten werden und welche Möglichkeiten einer zentralen Anlaufstelle es in den Bezirken gäbe,
2. eine bessere Aufklärungsarbeit an Schulen, zB durch Akzente, zu ermöglichen.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zum Antrag 8 betreffend Alltagskompetenzen aus der Themengruppe „Gutes Lernen“ führt die Themengruppensprecherin Frau Pair aus, dass Alltagskompetenzen an den Schulen viel zu wenig vermittelt würden. Dies betreffe vor allem die Themen Versicherungen, Steuern und Budgetplanung. Die in diesen Bereichen angebotenen Eintagesworkshops konzentrierten sich auf das Wissen, nicht jedoch auf die Anwendung. Sie hätte daher keinen nachhaltigen Lerneffekt. Wichtig sei der Einsatz verschiedener Formen des Lernens, um junge Menschen für die Herausforderungen des ständigen Wandels fit zu machen. Dabei sollten offenes Denken und die Entwicklung von zwischenmenschlichen und interkulturellen Fähigkeiten gefördert werden. Fächerübergreifende schulisch organisierte Projekte mit dem Schwerpunkt auf Alltagsfähigkeiten wie Budgetplanung, Versicherungen, Steuern oder Teamarbeit, geleitet durch eine Fachperson oder einen externen Coach, sollten gefördert werden.

Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl bringt für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 8 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Gutes Lernen“ betreffend Alltagskompetenzen ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, Unterrichtsmaterialien wie etwa Informationsbroschüren und Workshops zum Thema „Finanzbildung und Alltagskompetenzen“ für Salzburger Schülerinnen und Schüler zu etablieren und diese ab dem Sommersemester 2023 zB durch Akzente anzubieten.

Abg. Mösl MA bringt für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 8 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Gutes Lernen“ betreffend Alltagskompetenzen ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, wie ein Schulprojekt für die Sensibilisierung und den richtigen Umgang mit Glücksspielen und Wetten (online und offline) an Mittelschulen und Berufsschulen unter Einbeziehung von Akzente umgesetzt werden kann,
2. Angebote an den Mittel- und Berufsschulen zu evaluieren und gegebenenfalls unter Einbeziehung von Akzente weiterzuentwickeln, damit jene Jugendlichen, die sich bereits in der Abwärtsspirale des Glücksspiels befinden, Hilfe finden und
3. dem Landtag innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung über das Ergebnis und die weitere Vorgangsweise zu Punkt 1 und 2 zu berichten.

Abg. Költringer bringt für die FPÖ folgenden Entschließungsantrag zu Antrag 8 des Jugendlandtages 2021 vom 5. April 2022 aus der Gruppe „Gutes Lernen“ betreffend Alltagskompetenzen ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, allen voran an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung heranzutreten, um für sämtliche Schüler im Land Salzburg ab der achten Schulstufe einen verpflichtenden Unterrichtsinhalt „Finanzbildung“ einzuführen, in dem Jugendlichen einerseits monetäre Verantwortung nähergebracht wird sowie andererseits mit Begriffen wie Anlage, Kapital und Aktien ein bewusster und positiver Umgang mit Geld erlebt wird.

Die drei zu Antrag 8 eingebrachten Entschließungsanträge werden zu folgendem Entschließungsantrag verschmolzen und als Fünf-Parteien-Entschließungsantrag einstimmig angenommen:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. Unterrichtsmaterialien wie etwa Informationsbroschüren und Workshops zum Thema „Finanzbildung und Alltagskompetenzen“ für Salzburger Schülerinnen und Schüler zu etablieren und diese ab dem Sommersemester 2023 zB durch Akzente anzubieten.
2. zu prüfen, wie ein Schulprojekt für die Sensibilisierung und den richtigen Umgang mit Glücksspielen und Wetten (online und offline) an Mittelschulen und Berufsschulen unter Einbeziehung von Akzente umgesetzt werden kann;
3. Angebote an den Mittel- und Berufsschulen zu evaluieren und gegebenenfalls unter Einbeziehung von Akzente weiterzuentwickeln, damit jene Jugendlichen, die sich bereits in der Abwärtsspirale des Glücksspiels befinden, Hilfe finden sowie

4. an die Bundesregierung, allen voran an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung heranzutreten, um für sämtliche Schüler im Land Salzburg ab der achten Schulstufe einen verpflichtenden Unterrichtsinhalt „Finanzbildung“ einzuführen, in dem Jugendlichen einerseits monetäre Verantwortung nähergebracht wird sowie andererseits mit Begriffen wie Anlage, Kapital und Aktien ein bewusster und positiver Umgang mit Geld erlebt wird und
5. dem Landtag innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung über das Ergebnis und die weitere Vorgangsweise zu berichten.

Zum Antrag 9 betreffend Digitalisierung an Schulen aus der Themengruppe „Gutes Lernen“ führt der Themengruppensprecher Herr Schweitzer aus, ähnlich wie im Landtag würden auch in den Schulklassen Tablets immer häufiger. In seiner Klasse würde schon mehr als die Hälfte ausschließlich mit Tablets am Unterricht mitarbeiten. Mit dem Touchpen könnten alle Arbeitsblätter ausgefüllt werden, Schulbücher seien in Form von E-Books ebenfalls auf dem Tablet verfügbar. Die Politik treibe die Digitalisierung, etwa durch den Acht-Punkte-Plan, stark voran. Trotzdem gehe der Einsatz von Technologie über das von der Schule geforderte Maß auf die Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler zurück. Dies werde von vielen Lehrkräften unterstützt, manchmal aber ohne erkennbare Gründe verboten. Manche Lehrkräfte hätten eine generelle Abneigung gegenüber der Technik oder dächten, die Schülerinnen und Schüler würden nur Computerspiele spielen. Vereinzelt erlaubten Schulen keine digitale Mitschrift, es bedürfe daher einer gesetzlichen Grundlage. Die Verwendung böte einen Mehrwert für digitale Kompetenzen, mehr Ordnung, weniger Papierverbrauch, weniger Gewicht in der Schultasche, vereinfache die Zusammenarbeit, steigere die Effizienz und ermögliche, immer und überall arbeiten zu können. Die Bemühungen für die Digitalisierung brächten wenig, wenn digitale Hilfsmittel nicht eingesetzt werden dürften. Mitarbeiten wie Mitschrift, Ausfüllen von Arbeitsblättern im Unterricht ab der fünften Schulstufe mit digitalen Endgeräten wie Tablets und Laptops statt Papier sollten akzeptiert und aktiv gefördert werden. Wenn ein Schüler ausschließlich digital arbeiten wolle, sei dies prinzipiell technisch und pädagogisch möglich und solle deshalb grundsätzlich gestattet sein. Schülerinnen und Schüler höherer Schulen seien bei der Ausstattung mit entsprechenden Geräten oder digitalen Lernmitteln finanziell zu fördern. Der Betrag solle durch einen bestimmten Prozentsatz der Kosten und eine Maximalhöhe pro Person eingeschränkt werden. Unterrichtsmaterialien sowie sämtliche Schulbücher und Arbeitsblätter sollten digital zur Verfügung gestellt werden. Die WLAN-Verbindungen an den Schulen seien weiterhin auszubauen und zu verbessern. Schülerinnen und Schüler sollten ab der fünften Schulstufe auf den Umgang mit Computern und digitalen Medien gezielt vorbereitet werden.

Hinsichtlich der Beschlussfassung im Verhandlungsgegenstand schlägt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl im Hinblick auf die angenommenen Entschlüsse die Erledigung mit Bericht zur Kenntnis vor. Dieser Erledigungsvorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Petitionsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Berichte zu den Beschlüssen des Jugendlandtags 2021 werden zur Kenntnis genommen.

Salzburg, am 21. September 2022

Der Vorsitzende:  
Teufl eh.

Der Berichterstatter:  
Mag.<sup>a</sup> Jöbstl eh.

**Beschluss des Salzburger Landtages vom 5. Oktober 2022:**  
Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.